Nr. 170 XXVII. Jahrgang

Donnerstag, 26. Juni 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Fernsprecher: [illegible] Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2066. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Bezugspreise
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1,70, vierteljährlich M. 5,10.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M. 1,70, vierteljährl. M. 5,10
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1,86, „ „ 5,55
Postbezug im Ausland
B. Eintragung in die Postliste.
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M. 1,10. Einz.-Komm. 20 Pf.

Die 36 mm breite Nonpareillezeile kostet 1 M., für Vereine und Behörden 80 Pf., Reklamezeile M. 1,50, mit Platzvorschrift M. 2,—. Für Stellen- oder Familienanzeigen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Auf Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche, amtliche Bekanntmachungen M. 1,— Sonderpreise. Briefanzeigen 10 Pf. Anzeigen von auswärts und von unbekannten Bestellern nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Die Vorbereitung der letzten Szene

* **Versailles, 25. Juni.** Clemenceau, Wilson und Lloyd George haben sich gestern nachmittag im Schlosse von Versailles eingefunden, um die Vorbereitungen für den feierlichen Akt der Unterzeichnung zu prüfen. Endgültige Maßnahmen sollen erst heute getroffen werden, wenn es feststeht, welche deutschen Delegierten in Versailles erscheinen werden. Das Exemplar des Vertrages, auf dem die Unterschrift geleistet wird, wird auf Japanpapier gedruckt. Zur Unterschrift wird ein Tintenfaß benutzt, das beim Pariser Kongreß von 1856 demselben Zweck diente. Damen werden der Unterzeichnung nicht beiwohnen. In der Spiegelgalerie werden außer den Delegierten 400 Ehrengäste und Pressevertreter anwesend sein. Der Park und die Terrasse bleiben weiteren Ehrengästen reserviert. Das Volk muß sich vor dem Schloßhof aufhalten. Den deutschen Delegierten wird bei ihrer Ankunft keine Ehrenbezeugung durch die Wache geleistet, dagegen werden nach der Unterzeichnung sämtliche Delegierte gemeinsam die Spiegelhalle verlassen und bei der Rückkehr wird auch den deutschen Delegierten die Ehrenbezeugung der Soldaten erwiesen. Während der ganzen Dauer des Aktes folgen keine Reden. Die Wasserkünste im Park werden spielen, die Stadt im Flaggenschmuck stehen und das Rathaus abends illuminiert.

Der Tag der Unterzeichnung

✕ **Paris, 24. Juni.** (Havas.) Dutasta traf heute in Versailles ein, wo er sich einige Augenblicke mit Herrn v. Berstner unterhielt. Dutasta schlug als Tag der Unterzeichnung Donnerstag vor.

* **Versailles, 24. Juni.** Nach dem „Temps" wird der Rat der Vier verlangen, daß die Unterschrift Deutschlands durch Würdenträger geleistet wird, die an Rang den Vertretern der Alliierten gleichstehen. In diesem Zusammenhang nennt das Blatt den neuen Minister für Auswärtiges, Hermann Müller.

Eine Anfrage Haniels

Gesandter v. Haniel hat, wie das Wolff-Bureau meldet, an den Vorsitzenden der Friedenskonferenz Clemenceau eine Note gerichtet, in der er im Auftrage des Reichsministers des Äußern bei den alliierten und assoziierten Regierungen anfragt, wann die Verhandlungen über das Abkommen wegen der besetzten rheinischen Gebiete beginnen können.

Verhandlungen über die Ausführung

⊕ **Genf, 25. Juni.** (Eig. Drahtbericht.) Eine Havas-Depesche meldet: Der Rat der Alliierten hat für die mit Deutschland zu treffenden Ausführungsbestimmungen des Friedensvertrages eine zweimonatige Verhandlungsfrist festgesetzt. Die Verhandlungen sollen unmittelbar nach der Unterzeichnung des Friedens beginnen.

Die Annexion Elsaß-Lothringens

⊕ **Karlsruhe, 25. Juni.** (Eig. Drahtbericht.) Nach Meldungen aus Straßburg wurde am Dienstag vormittag im früheren Kaiserpalast die feierliche Wiedervereinigung Elsaß-Lothringens mit Frankreich durch den französischen Oberbefehlshaber proklamiert.

Die Demobilisation Frankreichs

+ **Versailles, 25. Juni.** Clemenceau, der versprochen hatte, gestern vor der Kammer zu den Friedensverhandlungen zu sprechen, hat sein Versprechen nicht gehalten. Er hat sich beeilt, gestern nach seiner Rückkehr aus Versailles in den Wandelgängen der Kammer zu erscheinen und hat dort den Abgeordneten einige Auskünfte auf aktuelle Fragen gegeben. Wo er nicht deutlich sein wollte, wich er mit scherzhaften Wendungen aus. Die erste Frage war die nach der Demobilisation. Er erwiderte, daß eine vollständige Demobilisation vorläufig nicht möglich sei, die Truppen am Rhein könnten nicht demobilisiert werden. Die Friedensfrage mit Österreich, Bulgarien und der Türkei würde sich wohl noch zehn Monate hinziehen. Dann blieben noch andre ungelöste Ostprobleme. Endlich müsse man Deutschland noch sehr mißtrauisch auf die Finger sehen. Bestenfalls würden aber die Jahrgänge 1906 bis 1912 demobilisiert werden, die übrigen müßten sich noch gedulden. Die nächste Frage war, ob denn die Kammerneuwahlen verschoben würden. Clemenceau sagte, er sehe keinen Zusammenhang zwischen den Wahlen und der Demobilisation. Die Wahlen würden Ende September oder Anfang Oktober stattfinden. Die Soldaten würden entweder brieflich oder gelegentlich ihres Urlaubes mitwählen.

Die Unterzeichnung soll nun am Sonnabend nachmittag stattfinden. In der Reihenfolge der Unterschriften sollen die Deutschen die letzten sein. Niemand wird sprechen dürfen. Die Stoßel der Delegierten werden schon vorher auf dem Vertrag angebracht, doch wird bei der großen Zahl der Delegierten der ganze Akt wohl an zwei Stunden dauern. Frau und Fräulein Wilson werden vielleicht doch als einzige Damen der Unterzeichnung beiwohnen.

Wilsons Abreise

* **Genf, 24. Juni.** Wilson will sofort nach der Versailler Unterzeichnung sich mit Sonderzug nach Brest begeben, um tags darauf die Heimfahrt anzutreten. Man erwartet einen wortreichen Abschiedsgruß Wilsons an Paris, Frankreich und die Entente mit Segenswünschen für den Völkerbund.

Der Rückzug von Frankfurt

W. Frankfurt a. Main, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Ueber den Rückmarsch der Franzosen wird berichtet: Alle Dörfer und Städte in der 20-Km.-Zone glichen einem Heerlager. Truppen aus allen Weltteilen hatten sich vor den Toren Frankfurts versammelt, auch Eingeborene aus Kamerun waren darunter, die aus ihrer Sympathie für Deutschland kein Hehl machten. Die Franzosen waren gegen diese mißtrauisch und gaben ihnen keine Patronen. Als der Befehl zum Rückmarsch eintraf, kam über die Franzosen ein wahrer Vernichtungstaumel. Jeder Baum wurde umgehauen, kein Blumen-, kein Gemüsebeet, keine Weinpflanze blieb verschont. Die Felder, durch die die Tanks fuhren, gleichen einer Wüstenei. In Höchst am Main, wo drei Wege münden, kam es zu stundenlangen Stockungen, man wußte weder ein noch aus. Das Heer machte nicht den Eindruck eines Siegers, sondern einer geschlagenen Truppe, die sich auf der Flucht befindet. Als der Rückmarschbefehl eintraf, brachen die Schwarzen in ein Freudengeheul aus. „Nix mehr bumbum, bumbum genug Schwarzes!" In Rüdesheim erklärten die Franzosen, daß sie von 7 Uhr abends bis Nacht hätten, zu plündern. Infolge des Befehls zum Rückmarsch kam es dazu nicht.

Die Furcht vor ihrem eigenen Machtwerk

✕ **Versailles, 24. Juni.** Den siegestrunkenen und nach wie vor gehässigen Aeußerungen der nationalistischen französischen Presse stehen die Ausführungen der unabhängigen und sozialistischen Blätter gegenüber, in denen eine viel besonnenere und menschlichere Sprache geführt wird. So meint „Oeuvre", daß alles davon abhänge, in welchem Geiste Frankreich die Beziehungen zu Deutschland wieder aufnehmen werde. „Oeuvre" schreibt: „Wenn wir imstande sind, zu verstehen, daß der Sieg keine Treibjagd und der Friede nicht Rache ist, so besitzen wir genug großzügigen und freien französischen Geist, um zu erkennen, daß das einzige Ende des Rechtsfriedens (!) darin besteht, die Herrschaft des Rechtsbundes (!) zu errichten und zu sichern. Dann können wir wahrhaft hoffen, daß eine neue Zeit beginnt." „Humanité" freut sich für die Menschheit, für Frankreich und das deutsche Volk, daß das Blutbad zu Ende ist: „Aber an diesem feierlichen Tage würden wir gegen unsre Pflicht als Sozialisten und Republikaner verstoßen, wenn wir nicht laut bekennten, daß wir die Bedingungen dieses Friedens mit allen unsern Kräften zurückweisen, weil sie ungerecht sind und den Interessen Frankreichs zuwiderlaufen. Es ist lächerlich zynischer Spott, wenn man dem, was man Rechtskrieg nannte, ein Ende der Gewalt und der Ungerechtigkeit gibt. Die Völker hätten an die großen Versprechungen, mit welchen man sie vier Jahre lang aufrecht erhielt, namentlich an die Worte Wilsons geglaubt, der heute mehr noch als der preußische Imperialismus besiegt ist. Der Friede ist für Frankreich gefährlich, denn er häuft in Deutschland schweren Haß gegen unser Land, er bringt unsre verwüsteten Gebiete um die Wiedergutmachungen, welche, wenn sie maßvoll und vernünftig gewesen wären, sofort hätten gefordert werden können. Er bringt uns die Last des weiter bestehenden Militarismus und die Notwendigkeit langer militärischer Besetzung und folglich erdrückende Lasten für unsre bereits schwachen Finanzen. Dieser gehässige Friede ist nicht der Friede des französischen Volkes und seiner Sozialisten. Unsre sozialistische Partei wird dies laut sagen und ihre Verantwortlichkeit vor der Geschichte ablehnen. Angesichts der Entwicklung des Sozialismus in der Welt und indem wir alle in Revolution befindlichen Völker als Zeugen aufrufen, sind wir berechtigt, zu sagen, daß diese feierliche Erklärung der sozialistischen Partei den Wert seiner Handlung haben wird, wenn die wiedergutmachenden Folgen sich in baldiger Zukunft werden entwickeln können."

„Populaire" schreibt: „Deutschland hat nachgegeben, der Friede ist da. Aber welcher Friede? Wer glaubt denn, daß er der versprochene Dauerfriede ist? Wir alle sind überzeugt, daß wir uns zwischen zwei Kriegen befinden und daß die Friedensunterzeichnung nichts beendet. Osteuropa steht in Brand. Die Alliierten messen sich mit Blicken, wenn sie nicht handgemein sind. Polen und Tschecho-Slowaken, Rumänen, Serben, Südslawen und Italiener halten die Hand auf dem Schwertknauf. Der Völkerbund ist bisher nur ein Betätigungsfeld für beschränkte Rivalitäten. In allen Nationen grollt der Klassenkampf und die europäische Reaktion geht gegen die Revolution in Rußland und Ungarn vor. Damit ein wahrer Friede entstehe, muß eine neue Menschheit entstehen und der Sozialismus überall die Tyrannei und die Ungerechtigkeiten der Vergangenheit weggefegt haben.

Keine Versöhnlichkeit

✕ **Amsterdam, 24. Juni.** Dem „Alg. Handelsblad" zufolge schreiben die „Times": „Die Unterzeichnung des Friedensvertrages wird den Frieden nicht bringen. Dieser kann allein durch ein standhaftes Zusammenarbeiten der Alliierten während der langen Periode geschehen, in der das neue Deutschland alle Kunstmittel erschöpfen wird, um zwischen ihnen Zwietracht zu säen. Deutschland hat die Absicht, ein falsches Spiel zu spielen." — Die konservative „Morning Post" schreibt: „Deutschland schließt Frieden mit Haß im Herzen. Die Alliierten müssen auf ihrer Hut sein. Die Wiederaufnahme des freien internationalen Verkehrs wird die Atmosphäre, in der wir fünf Jahre geatmet haben, säubern und den Weg für den großen Kampf zur Unterstützung des Völkerbundes öffnen und ihm eine sichere Grundlage geben." Der sozialistische „Daily Herald" schreibt: „Deutschland kann die ihm in diesem Vertrage auferlegten Verpflichtungen nicht halten und wird es auch nicht tun." Die Northcliffe-Presse „Daily Mail" schreibt: „Selbst jetzt, wo durch den Einsatz enormer Kräfte der größte Sieg in der Geschichte errungen wurde, droht die Gefahr, daß die Früchte dieses Krieges durch neue Streiche der Hunnen infolge der Schlapphei unsrer Politiker verlorengehen."

Ein am Kriege ganz Unschuldiger

* **Zürich, 24. Juni.** Clemenceau verbrachte am Montag nachmittag einige Zeit in der Wohnung Wilsons. Nachdem er nach Hause zurückgekehrt war, erfuhr er um 5 Uhr durch Fernsprecher die Annahme des Friedensvertrages durch Deutschland. Er drückte darauf den in seiner Wohnung versammelten Mitbern und Mitarbeitern die Hand und sagte: „Meine Herren, auf diesen Augenblick habe ich 40 Jahre gewartet." Dann eilte er in das Invalidenhaus und wohnte der Abgabe des ersten zur Feier des Friedensschlusses abgegebenen Kanonenschusses bei.

Vorbereitungen in Memel

* **Memel, 25. Juni.** Memel trifft Vorbereitungen, um allen Wechselfällen eines ungewissen Schicksals zu begegnen. Es wurde eine Stadtwehr gebildet, die den Schutz der Stadt übernimmt, wenn das deutsche Militär nach der Unterzeichnung des Friedens aus den abzutretenden Gebieten zurückgezogen wird. Ein außerordentlicher Kreistag beschäftigte sich mit der materiellen Sicherstellung der Kreiskommunalbeamten für den Fall der Abtretung oder feindlichen Besetzung.

Der autonome Freistaat Danzig

* **Danzig, 25. Juni.** Zu Beginn der gestrigen Stadtverordnetensitzung gab Oberbürgermeister Sahm eine Erklärung ab, in der er eintrat für das treue Festhalten des neuen Freistaates Danzig am Deutschtum. Er erläuterte dann, wie der Uebergang der Stadt in eine Freistadt sich zu vollziehen habe, und ermahnte dringend, Sonderaktionen irgendwelcher Art zu vermeiden und der Entente zu vertrauen, die erklärt habe, daß die Freistadt Danzig autonom sei und in keiner Form den Polen gehören solle. Er richtete an alle Kreise der Bevölkerung die dringende Bitte, durch Ruhe und Besonnenheit die Erfüllung der schweren Pflicht zu erleichtern.

Die Pfälzer gegen die Schwarzen

⊕ **Karlsruhe, 25. Juni.** (Eig. Drahtbericht.) Wie aus Speyer gemeldet wird, habe eine große Anzahl pfälzischer Stadtgemeinden Resolutionen beschlossen, die die Bitte auf Zurückziehung der Kolonialtruppen aus dem besetzten Gebiete und ihre Ersetzung durch reguläre Heimattruppen der Entente nach Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland aussprechen.

Antwort an die Türken

U. Paris, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Zur Antwort der Alliierten auf die türkischen Forderungen erfahre ich folgendes: Die zweite durch die türkische Delegation angekündigte Denkschrift wurde bis heute morgen noch nicht übergeben. Die alliierten und assoziierten Regierungen redigierten daher eine allgemeine Antwort auf die türkischen Anfragen. Sie wird sich darauf beschränken, die Verantwortlichkeit darzulegen, die für die Türken im Verlaufe des Krieges entstand. Die endgültige Regelung aller Fragen, die das künftige Los des türkischen Reiches betreffen soll auf ein späteres Datum verschoben werden.

(Weiteres siehe Seite 2 und 3)

Waffenruhe in Ungarn?

✕ **Budapest, 23. Juni.** Auf das Telegramm Clemenceaus und die Aufforderung des Kommandierenden der tschecho-slowakischen Armee General Pelle wegen der Räumung tschecho-slowakischer Gebiete richtete der Armeekommandant Böhm, wie das Ungar. Korr.-Bureau meldet, an General Pelle ein Telegramm, in dem er sich mit den Bedingungen einverstanden erklärte und demzufolge er am 24. Juni die Operationen einstellen werde.

✕ **Wien, 24. Juni.** Das Wiener Korr.-Bureau meldet aus Prag: Der Oberkommandierende der tschecho-slowakischen Armee antwortete dem Kommandanten der ungarischen Armee Böhm, daß die tschecho-slowakischen Truppen am 24. d. M. die Feindseligkeiten einstellen und erst am 26. Juni mitternachts den Vormarsch in das von den Ungarn geräumte Gebiet beginnen werden. Er ersuchte um Mitteilung bis zum 24. Juni 6 Uhr nachmittags, ob die ungarische Regierung mit den Vorschlägen einverstanden ist.

Bekämpfung der ungarischen Gegenrevolution

T. **Budapest, 25. Juni.** (Eigener Drahtbericht.) Auf Grund einer Anordnung des revolutionären Regierungsrates wurde der Stadtkommandant von Budapest mit der Aufgabe betraut, die gegenrevolutionäre Bestrebung zu unterdrücken, und zu diesem Zwecke wurde ihm das Recht erteilt, das Standrecht für alle gegen die Räteregierung abzielenden Handlungen zu verhängen.

Die Opposition in Ungarn

T. **Wien, 25. Juni.** (Eig. Drahtbericht.) Das „Neue Wiener Tagblatt" meldet aus Budapest, daß sich in den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft eine große Verstimmung gegen die Räteregierung kundgibt. Insbesondere die Sozialdemokraten verlangen die sofortige Demission des Kabinetts, welches seine völlige Unzulänglichkeit erwiesen habe.

T. **Budapest, 25. Juni.** (Eig. Drahtbericht.) Unter den Eisenbahnangestellten wird Stimmung für einen Generalausstand gemacht. In einigen Betrieben haben die Ausstände bereits begonnen.

Sind die ins Ausland gebrachten Vermögen erfaßbar?

Von Adolf Goetz (Hamburg)

Ist das von Deutschen im Kriege gewonnene oder gesteigerte Vermögen, soweit es ins Ausland gebracht worden ist, dem Zugreifen durch die deutsche Steuerbehörde endgültig entzogen, oder gibt es Mittel und Wege, es auch im Auslande zu fassen? Vielleicht ist dieser im folgenden gemachte Vorschlag beratenswert und auch durchführbar. Er wird freilich der Durcharbeitung vor allem auf seine Grundbeziehung zum geltenden inländischen Rechte und zu dessen noch vorhandener Verbindung zu den Neutralen bedürfen. Mit den Neutralstaaten verbindet uns wahrscheinlich noch immer die internationale Rechtsvereinbarung, die die Vollstreckbarkeit deutscher zivilrechtlicher Gerichtsurteile im Auslande ermöglicht. Es ist bekannt, daß es dazu nur einer formalen Verfahrenswiederholung vor dem ausländischen Gericht bedarf, um die Wirksamkeit und Vollstreckbarkeit der Urteile jenseits der Grenze fortzusetzen.

Der Staat hat ohne Zweifel gegen den Steuerbetrüger das Recht der Klage. Sitzt der Steuerdefraudant im Lande, so läßt sich diese Klage ohne weiteres durchführen. Ist er abwesend, so muß es auch möglich sein, denn das bestehende Recht hat Handhaben dazu geschaffen. Die Gesetze zur Sicherung des Vermögens im Inlande zugunsten des Steuerfiskus sind wohl von der Art, daß man Vergehen gegen sie als gemeinschädlich genug erachtet, um den Uebeltäter wie einen Verbrecher zu verfolgen. Auch die Auslieferung wäre vielleicht durchsetzbar. Denn die Kapitalsbeteiligung zum Schaden des Staates muß nicht für den Staat allein, dem der Defraudant angehört, von größtem Schaden sein, sie stört und gefährdet auch die Sicherheit der internationalen Wirtschaftsbeziehungen ganz erheblich. Er gewinnt mit der Person des gemeinschaftlichen Betrügers keine erwünschte Bereicherung. Denn er wird den ethisch-politischen Standard der mit ihm in Verbindung tretenden Bevölkerung scheiden müssen. Dem fremden Staat entgeht die Steuer von dem ihm auch verheimlichten Vermögen ebenso wie dem Heimatstaat des Betrügers. Gerade in der Beachtung des ethischen Fundaments der Wirtschaftsgesetzgebung soll eine gewisse Uebereinstimmung zwischen den Staaten bestehen und gepflegt werden. Weil sich jeder von ihnen sagt, daß Individuen, die so schädigen, weder schutzwürdig, noch, weil sie vor allem so unzuverlässig sind, daß kein Staat und keine Gemeinde sie als Arbeitsgesellschaft oder Werkfaktoren sollte annehmen können, bedürftig sein sollen. Wer gegen seine Heimat in der Zeit ihrer höchsten Not so gewissenlos handelt und nur aus Habgier, wird auch dem ihm Schutzgemeinschaft und Heimatsrecht gewährenden Staate kein zuverlässiger Angehöriger sein.

Hat der deutsche Fiskus Kenntnis von der Tatsache einer Vermögensverschiebung ins neutrale Ausland (daß er auch die Höhe des Objektes kennen muß, ist zunächst kaum erforderlich), so soll er im Inlande zivilrechtlich gegen das Individuum oder die Gesellschaft klagen und für die Urteilsvollstreckung im Auslande sorgen. Verbirgt sich diese Vermögensverschiebung hinter Beteiligung mittels Tochtergesellschaft, der stillen Beteiligung an fremdländischen Gesellschaften, so muß das dem Steuerbetruge gleich geachtet werden. Demnach liebe sich wahrscheinlich im Wege der Uebereinkunft auch die Bestimmung verbinden, daß der fremde Staat auf Grund eines Einzel- oder Generalanteils das Vermögen mit Beschlag zu belegen und es als die Sicherheit oder Vorausbezahlung für Ankäufer des Reiches oder der von ihm dazu bevollmächtigten Gesellschaften zu benutzen hätte.

Wenn gegen diesen Vorschlag nichts weiter vorzubringen wäre als seine Neuheit und Seltsamkeit, so würde auch das noch die Durchführbarkeit verbürgen. Daß er rechtlich nicht ausführbar sei, muß bestritten werden. Recht, noch dazu, wenn es ethisch so tief und gut begründet ist wie dieses, kann geschaffen werden, wo es uns noch fehlt. Das Wie mögen die zünftigen Juristen feststellen. Es kann rasch geschehen, auch ohne daß die Gründlichkeit darunter leidet.

Wenn der Staat sich einmal um die Privatkonten einzelner Aufkäufer staatlicher Gesellschaften (in Holland, Dänemark, Norwegen, der Schweiz), die außerhalb Deutschlands festgelegt wurden, kümmern würde, so könnte er erfreuliche Ueberraschungen erleben. Das würde ihm mehr einbringen als die z. B. von der Hamburgischen Steuerdeputation am 14. Juni öffentlich erfolgte Auslosung einer 10proz. Prämie für die Nachweisung verschobener Vermögen. In dieser Auslobung wird die Vermögensverschiebung allzu milde „Vergehen" geheißen. Sie ist aber ein Verbrechen, auf das unerbittlich die Einziehung des gesamten mobilen und immobilen Vermögens gesetzt werden müßte.

Ob eine noch vorzunehmende Kennzeichnung aller in Deutschland und im neutralen Auslande sich befindenden Papiergelder durch Abstempelung (nötigenfalls durch die Konsulate) nicht auch ein geeignetes Hilfsmittel böte, mag mit erwogen werden. Wird diese Abstempelung lediglich zur Vermögensfeststellung und nicht zur Wertherabsetzung vorgenommen, so wird kein Staat gegen sie etwas einzuwenden haben. Nach einem gewissen Zeitpunkt ist ungestempeltes Papiergeld wertlos. — Dieser Vorschlag steht, wie gesagt, hier noch ohne jede Umkleidung mit dem rechtlichen Mäntelchen da. Es muß lohnen, ihn unter allen Umständen zu prüfen.

Die Finanzlage Tschechowiens

* **Prag, 25. Juni.** (Eig. Drahtbericht.) Der gestern in der Nationalversammlung vorliegende Bericht des Budgetausschusses verzeichnet 6 790 535 018 Kronen Gesamtausgaben. Die Einnahmen sind 2 812 368 500 Kronen, so daß ein ungedeckter Abgang von 3 901 141 418 Kronen sich ergibt. Da die Regierung ermächtigt ist, das Geld für die durch die Staatseinnahmen nicht gedeckten Ausgaben durch Kreditoperationen bis zu 3 200 000 Kronen zu decken, so wird es notwendig sein, diese Ermächtigung weiter um den Posten von 703 Millionen Kronen zu erweitern.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19190626/1